

Protokoll

über die **öffentliche Sitzung des Schulausschusses** in der Wahlperiode 2016/2021 am **Montag, dem 06.11.2017, um 18:00 Uhr**, in der Mensa der Grund- und Oberschule Friedrichsfehn, Schulstr. 12.

Teilnehmer:

Vorsitzender

Axel Hohnholz

Mitglieder des Ausschusses

Roland Jacobs

Detlef Reil

Arno Frahmann

Elke Garlichs-Kappmeier

Jan Malte Jeddelloh

Ralf Andre Krallmann

Freia Taeger

Jost Urbanke

Grundmandatar

Thomas Apitzsch

Mitglieder des Ausschusses

Alexander Nagel

stellv. Lehrervertreter

Sina Hanser

Elternvertreterin

Jonathan Hungerland

Schülervertreter

Teilnehmer des Jugendgemeinderates (nur im öffentlichen Teil)

Eny Klößen

Von der Verwaltung

Petra Lausch

Bürgermeisterin (BMin)

Dirk Sander

Fachbereichsleiter (FBL)

Kerstin Borm

Gleichstellungsbeauftragte (GB)

Jens Schöbel

Sachgebietsleiter (SGL), zugleich als
Protokollführer

TAGESORDNUNG

- A. **Öffentlicher Teil**
 1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
 3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Schulausschusses am 09.05.2017
 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
 - 4.1. Außenstelle des Gymnasiums Bad Zwischenahn-Edewecht, hier: Antrag auf Anschaffung eines zweiten Kombidämpfers für die Mensa
 5. Einwohnerfragestunde

6. Entwicklung der Schülerzahlen, Stand 01.09.2017
Vorlage: 2017/FB II/2557
7. Grund- und Oberschule Friedrichsfehn - Weiterentwicklung
Vorlage: 2017/FB I/2561
8. Förderung von darstellenden Medien in den Schulen der Gemeinde Edewecht für das Haushaltsjahr 2018
Antrag der Edewechter Oberschule zur Anschaffung von Beamern und W-LAN-Accesspoints
Vorlage: 2017/FB II/2559
9. Antrag des Edewechter Schulverbundes
Breitbandversorgung in den Schulen
Vorlage: 2017/FB II/2560
10. Anfragen und Hinweise
- 10.1. Gymnasium Bad Zwischenahn-Edewecht - Oberstufe bis zum Jahrgang 13
- 10.2. Tagungsort des Schulausschusses
- 10.3. Verkehrssituation an der Grund- und Oberschule Friedrichsfehn sowie an den Kindergärten Friedrichsfehn und Sonnenhügel
- 10.4. Lehrerversorgung am Gymnasium Bad Zwischenahn-Edewecht zum zweiten Halbjahr 2017/18
11. Einwohnerfragestunde
- 11.1. Besoldung von Schulleitern
- 11.2. Vorkommnisse auf dem Gelände der Grundschule Edewecht
12. Schließung der Sitzung

TOP 1:
Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende (AV) Hohnholz eröffnet die Sitzung um 18.09 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2:
Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Hohnholz erklärt, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

TOP 3:
Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Schulausschusses am 09.05.2017

AV Hohnholz erläutert, dass es eine Änderung im Protokoll der Sitzung des Schulausschusses gebe.

Im Protokoll stehe zurzeit unter TOP 12.7 Anfragen und Hinweise: Grund- und Oberschule Friedrichsfehn – Sanitärbereich im Innenhof der Schule:

RF Garlichs-Kappmeier schlägt vor, die Eingangsbereiche der außenliegenden Toiletten mit einer durchgehenden Überdachung zu versehen, die auch bei Regen als Unterstand genutzt werden könnte.

Folgender Text soll TOP 12.7 ersetzen:

RF Garlichs-Kappmeier bemängelt, dass die hinten am Grundschulgebäude belegenen Toiletten nur vom Außenbereich begehbar seien. Dies sei besonders zur kalten Jahreszeit ein großes Problem, da die Schüler im Gebäude lediglich Hausschuhe tragen. Weitere Problematik sei hier, dass die Toiletten aufgrund der Außenlage auch von Dritten begehbar seien.

Sie schlägt daher vor, den hinten liegenden Außenbereich zwischen den Gebäuden zu überbauen und zu verschließen.

Das geänderte Protokoll der Sitzung des Schulausschusses vom 09.05.2017 wird einstimmig genehmigt.

TOP 4:

Mitteilungen der Bürgermeisterin

TOP 4.1:

Außenstelle des Gymnasiums Bad Zwischenahn-Edeweicht, hier: Antrag auf Anschaffung eines zweiten Kombidämpfers für die Mensa

BMin Lausch teilt mit, dass am 01.11.2017 ein Antrag der Außenstelle des Gymnasiums auf Anschaffung eines zweiten Kombidämpfers eingegangen sei.

Die Schulleitung begründe den Antrag mit dem Anstieg der ausgegebenen Essen von wöchentlich 55 Portionen auf nunmehr 82 Portionen, sodass ca. 20 Essen pro Tag ausgegeben werden.

Aus Sicht der Schule sei es realistisch, dass die Anzahl der wöchentlich ausgegebenen Portionen kurzfristig auf ca. 130 Essen steige, sodass die Anschaffung eines weiteren Kombidämpfers gewünscht sei.

BMin Lausch erläutert, dass die Verwaltung sich mit der Schulleitung in Verbindung setzen werde, da der vorhandene Kombidämpfer eine Kapazität von bis zu 100 Portionen pro Vorgang habe. Es sei beabsichtigt, die Mensakraft entsprechend zu schulen, um Vorgänge zu optimieren. Sollte man dann zum Ergebnis kommen, dass der vorhandene Kombidämpfer nicht ausreiche, werde man entsprechend handeln.

TOP 5:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt

TOP 6:

Entwicklung der Schülerzahlen, Stand 01.09.2017

Vorlage: 2017/FB II/2557

FBL Sander erläutert den Sachverhalt anhand der mit der Einladung übersandten Vorlage.

Er gibt zu bedenken, dass bisher lediglich die tatsächlichen IST-Zahlen vorgestellt wurden und etwaige Zuzüge nicht berücksichtigt wurden. Anhand der diesem Protokoll als Anlage beigefügten Übersicht erläutert er, dass die im Jahr 2014 prognostizierten Schülerzahlen im Grundschulbereich für das Schuljahr 2017/18 tatsächlich um ca. 9 % gestiegen seien. Somit könne man auch ohne die Ausweisung weiteren Baulandes davon ausgehen, dass die Schülerzahlen weiterhin steigen werden.

FBL Sander erläutert, dass die Verwaltung mit verschiedenen Fachbüros in Kontakt stehe, um mit Hilfe externer demographischer Ausarbeitungen zukünftig auch die

möglichen Zuzüge in den einzelnen Ortschaften besser in den Bedarfsplanungen zu berücksichtigen.

RH Frahmann erkundigt sich, warum in der Grund- und Oberschule Friedrichsfehn auch Schüler/innen benachbarter Kommunen beschult werden und möchte wissen, wie dies möglich ist.

SGL Schöbel teilt mit, dass man eine Ausnahmegenehmigung für die Beschulung an einer auswärtigen Schule erhalten könne. Diese Genehmigung werde allerdings nur erteilt, wenn sowohl der Schulleiter der eigentlich zuständigen Schule als auch der Schulleiter der gewünschten Schule dem Antrag zustimmen. Außerdem müsse die Kommune, die Träger der gewünschten Schule ist, dem Antrag zustimmen. Abschließend ist noch die Genehmigung des Trägers der Schülerbeförderung einzuholen.

SGL Schöbel erläutert abschließend, dass es recht aufwendig sei, eine entsprechende Genehmigung zu erhalten. Die Gemeinde stimme diesen Anträgen nur zu, wenn freie Schulplätze vorhanden seien. Es handele sich hier tatsächlich um wenige Ausnahmefälle.

RH Jeddelloh gibt zu bedenken, dass vor der Ausweisung neuer Baugebiete zwingend geklärt sein müsse, dass auch im Schulbereich genügend freie Kapazitäten vorhanden seien.

BMin Lausch betont, dass auch ohne die Ausweisung von Bauflächen Zuzüge erfolgen, da dann alte Häuser gekauft und saniert werden und auf großen Grundstücken weitere Neubauten entstehen.

Abschließend gibt sie zu bedenken, dass bei einem kompletten Verzicht auf Ausweisung weiterer Baugebiete dauerhafte wichtige Einnahmequellen fehlen würden, welche auch für andere Projekte benötigt würden.

FBL Sander gibt zu bedenken, dass durch den Zuzug junger Familien auch weitere Schlüsselzuweisungen der Gemeinde zu Gute kommen würden. Außerdem werde das Grund- und Einkommenssteueraufkommen wachsen.

Abschließend betont er, dass auch bei einer gleichbleibenden Schülerzahl Veränderungen entstehen könnten, wenn Eltern bei der Auswahl der Schule anders entscheiden.

RF Garlichs-Kappmeier betont, dass einzelne Ortschaften behutsam wachsen sollten, anstatt zu explodieren. Dann hätte man auch die Chance auf langfristige Trends zu reagieren und die vorhandene Infrastruktur entsprechend wachsen zu lassen.

Abschließend möchte sie wissen, ob über die vorhandenen Schuleinzugsgebiete sichergestellt sei, dass auch die kleinen Schulen dauerhaft nicht im Bestand gefährdet seien.

SGL Schöbel bejaht dies, da die Satzung der Schuleinzugsgebiete der Gemeinde Edewecht in einigen Ortschaften den Eltern bewusst die Möglichkeit gebe, sich neben den großen Schulen gezielt für eine kleine Grundschule zu entscheiden.

Abschließend betont er, dass die Grundschulen Jeddelloh und Osterscheps im Bestand nicht gefährdet seien.

RF Taeger zeigt sich erfreut, dass dem Ausschuss eine Gegenüberstellung von den Prognosezahlen der Vergangenheit und den dann tatsächlich vorhandenen Schülerzahlen vorgelegt worden sei. An dieser Übersicht könne man eindeutig erkennen, dass man sich nicht alleine auf die IST-Prognosen verlassen könne, sondern auch Zuzüge bei sämtlichen Bedarfsplanungen berücksichtigen müsse.

- Bericht zur Kenntnis genommen -

TOP 7:

Grund- und Oberschule Friedrichsfehn - Weiterentwicklung

Vorlage: 2017/FB I/2561

FBL Sander erläutert den Sachverhalt anhand der mit der Einladung übersandten Vorlage.

Er schlägt vor, den Arbeitskreis „Schule“ kurzfristig wieder ins Leben zu rufen, um zu prüfen, in welchem Umfang die Erweiterung und Sanierung der Schule erfolgen könne bzw. müsse. Auch könnte man in diesem Arbeitskreis eine Reihenfolge der durchzuführenden Maßnahmen bestimmen. Abschließend gab er zu bedenken, dass aus schulfachlicher Sicht mit der Erweiterung und Sanierung der Schule umgehend begonnen werden müsse.

RH Reil möchte wissen, ob unabhängig von der Wiederbelebung des Arbeitskreises „Schule“ die im letzten Jahr beschlossenen vier AUR für die Oberschule gebaut würden.

BMin Lausch spricht die Empfehlung aus, vor dem Bau der beschlossenen vier AUR für die Oberschule den Arbeitskreis tagen zu lassen, da man unter Umständen zu dem Ergebnis komme, dass für die Gesamtentwicklung der Schule dieser Bau nicht ausreichend bzw. zu klein bemessen sei.

Von Seiten der Verwaltung sei beabsichtigt, zum Arbeitskreis noch in diesem Jahr einzuladen, damit umgehend mit den notwendigen Planungen zur Weiterentwicklung der Schule begonnen werden könne. Der im letzten Jahr beschlossene und im Finanzplan für das Haushaltsjahr 2018 vorgesehene Betrag in Höhe von 580.000,- € könne natürlich dafür verwendet werden, mit den zu beschließenden Maßnahmen zu beginnen.

RF Taeger begrüßt die Einrichtung des Arbeitskreises, da bei der Begehung der Schule deutlich gemacht wurde, dass ein Bau von vier weiteren AUR für die Oberschule bei Weitem nicht ausreichend sei. Sie plädiere daher auch dafür, im Arbeitskreis zusammen mit einem Architekten sämtliche erforderliche Maßnahmen herauszuarbeiten und den Investitionsbedarf zu ermitteln, um dann festzulegen, in welcher Reihenfolge welche Maßnahmen umgesetzt werden.

Sie gibt zu bedenken, dass auch die Verkehrssituation an der Schule und auch den Kindergärten überprüft werden müsse, um ggf. auch weitere Parkflächen zu schaffen.

RF Taeger bittet abschließend darum, den Beschlussvorschlag 1. zu ändern. Sie schlägt vor, dass nach Festlegung der Gesamtmaßnahmen und Feststellung des gesamten Investitionsbedarfs zur weiteren baufachlichen Beratung der Schul- sowie der Bauausschuss gemeinschaftlich zuständig sein sollten.

RH Krallmann würde sich wünschen, wenn von Seiten der Verwaltung zur ersten Sitzung des Arbeitskreises schon Ideen zur Umsetzung präsentiert werden könnten, um schnell starten zu können.

Herr Aritzsch spricht sich auch für die Wiederbelebung des Arbeitskreises aus. Er gibt jedoch zu bedenken, dass man sich im Arbeitskreis nicht nur um erforderliche Maßnahmen an der GOBS Friedrichsfehn kümmern sollte. Er würde sich wünschen, erforderliche Maßnahmen an allen Schulen durchzuführen und nicht nur eine Schule zu sanieren und zu erweitern.

BMin Lausch betont, dass die GOBS Friedrichsfehn im Gegensatz zu den anderen weiterführenden Schulen schlecht aufgestellt sei. Somit sei hier der zurzeit größte Bedarf vorhanden.

Beschlussvorschlag:

- 1. Aus schulfachlicher Sicht ist die Erweiterung und Sanierung der Grund- und Oberschule Friedrichsfehn zeitnah notwendig.
Die Verwaltung wird beauftragt, einen Architekten mit der weiteren Planung des Neubaus, der Sanierung, Erweiterung und Umbau der bestehenden Gebäude, der Schaffung eines neuen Fahrradstandes und zusätzlichen Parkflächen sowie einer konkreten Kostenkalkulation der Gesamtmaßnahme zu beauftragen. Zur weiteren fachlichen Begleitung wird die Maßnahme gemeinsam vom Schulausschuss sowie dem Bauausschuss erörtert.
Dem Schulausschuss sind das Ergebnis und die Kostenkalkulation der Planungen des beauftragten Architekten zu einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.*
- 2. Zur Festlegung des Umfangs und der zeitlichen Reihenfolge aller notwendigen Maßnahmen wird ein Arbeitskreis bestehend aus Mitgliedern der Fraktionen des Rates der Gemeinde Edewecht, Mitgliedern der Verwaltung sowie der Schulleitung gebildet.*
- 3. Für das Haushaltsjahr 2018 wird ein Betrag in Höhe von 580.000 € für die vom Arbeitskreis zu benennende Maßnahme eingeplant, um zeitnah mit dieser beginnen zu können.*

- einstimmig beschlossen -

TOP 8:

**Förderung von darstellenden Medien in den Schulen der Gemeinde Edewecht
für das Haushaltsjahr 2018
Antrag der Edewechter Oberschule zur Anschaffung von Beamern und W-LAN-
Accesspoints
Vorlage: 2017/FB II/2559**

FBL Sander erläutert den Sachverhalt anhand der mit der Einladung übersandten Vorlage.

RH Urbanke bittet um nähere Erläuterung des Konzeptes. Er möchte wissen, ob bei einer Reduzierung der schuleigenen PC's z.B. bei Präsentationen auch eigene Laptops der Schüler/innen zum Einsatz kommen müssen. Dies hätte zur Folge, dass die Schüler auch auf eigene Kosten entsprechende Softwarepakete erwerben müssten, um zukünftig erfolgreich am Unterricht teilzunehmen.

SGL Schöbel erläutert, dass das Konzept ergänzend und punktuell den eigentlichen Unterricht ergänzen soll. Für Präsentationszwecke werde die Schule selbstverständlich auch weiterhin die entsprechende Hard- und Software zur Verfügung stellen. Abschließend schlägt er vor, die Schulleitung der Edewechter Oberschule zur nächsten Sitzung des Ausschusses einzuladen, um über das Konzept und die Umsetzung zu berichten.

SV Hungerland befürwortet grundsätzlich die Einführung dieses Konzeptes unter der Voraussetzung, dass das Konzept nur punktuell eingesetzt werde und außerdem sichergestellt werde, dass Schüler ohne entsprechende Endgeräte nicht sozial ausgegrenzt werden.

RV Taeger begrüßt grundsätzlich den Antrag, vermisst allerdings die Vorlage eines konkreten Medienkonzeptes. Sie gibt zu bedenken, dass die von der Schule erwähnte Landesinitiative, die bei der Gestaltung des Konzeptes behilflich sein soll, erst zum Anfang des laufenden Jahres gegründet wurde und lediglich als Pilotprojekt befristet für zwei Jahre durchgeführt werde. Sie bezweifle daher, ob dort schon genügend hilfreiche Ergebnisse gesammelt seien, um der Schule bei der Aufstellung, bzw. Durchführung des Konzeptes zu unterstützen.

SGL Schöbel erläutert, dass über die Landesinitiative viele Schulen vernetzt seien, die bereits seit längerem erfolgreich dieses Konzept im Schulalltag leben. Von diesen Schulen und ihren Erfahrungen könne die Edewechter Oberschule über die Landesinitiative profitieren.

Weiterhin möchte RF Taeger wissen, ob die Edewechter Schulen über eine ausreichende Internetverbindung verfügen, um gewährleisten zu können, dass in den einzelnen Klassen mindestens eine Signalstärke von 30 Mbit/s vorhanden sei.

FBL Sander erläutert, dass an der Edewechter Oberschule bereits ein Glasfaseranschluss mit einer Signalstärke von 100 Mbit/s vorhanden sei. Wieviel davon nach einer Installation der Access-Points tatsächlich in den Klassenräumen ankomme, könne er nicht sagen.

Abschließend möchte Frau Taeger wissen, ob weitere Anträge von Schulen vorliegen.

BMin Lausch teilt mit, dass mit Ausnahme des heute genannten Antrages des Gymnasiums auf Anschaffung eines weiteren Kombidämpfers keine weiteren Anträge vorliegen.

RH Jeddelloh erläutert, dass er als Student mit dem Konzept vertraut sei und er voll und ganz dahinter stehe. Er teilt mit, dass Microsoft speziell für diese Zwecke begrenzt Software kostenlos für Schulen zur Verfügung stelle. Er möchte wissen, ob die Schule diese kostenfreie Software nutzen werde.

SGL Schöbel teilt mit, dass die Schule vorerst beabsichtige, das Konzept ab Jahrgangsstufe sieben einzuführen und den Einsatz der schülereigenen Geräte am Anfang lediglich für Recherchezwecke nutzen wolle.

RH Frahmann möchte wissen, wie der jährliche Zuschuss für die Bereitstellung von neuen Medien bei der Vorlage von mehreren Anträgen entschieden werde.

SGL Schöbel erläutert, dass die Schulen bis zum 30.09. eines jeden Jahres ihre Anträge an die Verwaltung stellen können. Diese Anträge werden dann in der Herbstsitzung des Schulausschusses vorgestellt. Der Schulausschuss entscheidet dann, welche Anträge im kommenden Jahr Berücksichtigung finden.

EV Hanser möchte wissen, ob die Schüler/innen im Unterricht auf den Umgang mit den neuen Medien vorbereitet werden und sensibilisiert werden.

LV Nagel erläutert, dass am Gymnasium die Schüler/innen sowohl vom Lehrkörper als auch von externen Beratern auf den Umgang mit digitalen Medien vorbereitet werden. Er gehe davon aus, dass dies an allen Schulen im Gemeindegebiet ebenso erfolge.

LV Nagel erläutert, dass der Schulverbund sich einig war, dass neben der Edewechter Oberschule dieses Jahr keine weitere Schule einen Antrag auf die Ausstattung mit darstellenden Medien stelle. Die Schulen seien sich auch einig, dass vor der Beantragung weiterer digitaler Medien die flächendeckende Ausstattung mit schnellem Internet und W-LAN vorrangig umzusetzen sei.

SV Hungerland macht deutlich, dass bei einer Umsetzung des Antrages der Edewechter Oberschule sichergestellt sein sollte, dass auch der Lehrkörper die nötige Medienkompetenz besitze, um die beantragten Beamer optimal im Unterricht einzusetzen. Er schlage daher vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass die Förderung gewährt werde, um unter anderem die Medienkompetenz der Schüler zu fördern.

BMin Lausch gibt zu bedenken, dass die Gemeinde Edewecht als Schulträger lediglich für die Bereitstellung der benötigten Ausstattung zuständig sei, aber keinen Einfluss auf die Inhalte des Unterrichts habe. Somit könne die gewünschte Änderung nicht erfolgen.

Abschließend teilt BMin Lausch mit, dass sie der Ansicht sei, dass Eltern vorrangig für die Vermittlung von Medienkompetenz für ihre Kinder zuständig seien, wenn diese über eigene Endgeräte verfügen. Hier könne man nicht die Verantwortung auf die Schule übertragen.

Beschlussvorschlag:

Für die Anschaffung von 30 Beamern sowie die Anschaffung und Installation von Accesspoints wird der Edewechter Oberschule im Rahmen der Förderung von darstellenden Medien in den Schulen der Gemeinde Edewecht ein Zuschuss in Höhe von maximal 20.000,- € gewährt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 9:

Antrag des Edewechter Schulverbundes

Breitbandversorgung in den Schulen

Vorlage: 2017/FB II/2560

SGL Schöbel erläutert, dass der Edewechter Schulverbund beantragt habe, für alle Schulen zu ermitteln, welche Voraussetzungen für die Einrichtung eines Breitbandzuganges und die Versorgung aller Klassen mit Internet und WLAN bereits vorhanden seien, um dann in der Folge die notwendigen Schritte zur Umsetzung einzuleiten.

Er teilt mit, dass außer der Grund- und Oberschule Friedrichsfehn alle Schulen in ihren Klassenräumen bereits Internetzugänge hätten.

An der Edewechter Oberschule sei bereits ein Glasfaseranschluss vorhanden. Dieser wurde von der Schule über das ihr zur Verfügung stehende Budget finanziert.

Er erläutert, dass die Feststellung der Anzahl der pro Schule benötigten Access-Points sehr aufwendig und kostenintensiv sei.

SGL Schöbel stellt klar, dass die Verwaltung klar hinter dem Antrag des Schulverbundes stehe, da der Einsatz darstellender Medien nur Sinn mache, wenn die Schulen über stabile Internet- und WLAN-Netze verfügen. Um die Schulen zukunftsweisend aufzustellen, sei es daher unumgänglich alle Schulen entsprechend auszustatten. Diese Ausstattung verursache jedoch hohe Kosten.

Er gibt zu bedenken, dass alle Parteien in den Wahlkämpfen vor den Bundes- und Landtagswahlen in ihren Wahlprogrammen damit geworben haben, den Breitbandausbau und die Versorgung der Schulen mit stabilem Internet zeitnah zu fördern.

Aus Sicht der Verwaltung sollte man daher mit dem digitalen Ausbau der Edewechter Schulen noch warten, bis klar ist, ob und welche Förderungen in Anspruch genommen werden können.

Abschließend schlägt SGL Schöbel vor, den Antrag in der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu behandeln.

RF Taeger gibt zu bedenken, dass in der Vergangenheit von Seiten der Politik viele Fördertöpfe zum Breitbandausbau an Schulen angekündigt, aber nicht zur Verfügung gestellt worden seien.

In den vergangenen Jahren habe man immer wieder darauf gehofft, dass entsprechende Fördergelder kommen werden, sodass man den Breitbandausbau an den Schulen nicht grundlegend vorangetrieben habe.

Da man nicht wisse, ob zeitnah entsprechende Fördergelder vergeben werden, spreche sie sich daher für die Umsetzung des Antrages aus. Sie schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, bis zur nächsten Sitzung zu ermitteln, welche Maßnahmen erforderlich seien und welche Kosten entstehen werden, um zu gewährleisten, dass alle Schulen über einen ausreichenden Breitbandanschluss sowie Internet und WLAN in allen Klassenräumen verfügen.

RH Reil teilt mit, dass es anhand der vorgestellten Übersicht (dem Protokoll als Anlage beigefügt) unproblematisch sei, an allen Schulen eine stabile Breitbandversorgung zu gewährleisten. Fraglich sei aus seiner Sicht, ob ein entsprechender Anschluss an allen Schulen auch tatsächlich effektiv genutzt werden würde. Somit würde er sich wünschen, dass alle Schulen dem Ausschuss Informationen zur gewünschten Nutzung geben würden.

Aus seiner Sicht sollte man umgehend handeln, wenn einzelne Schulen konkrete Konzepte zur effektiven Nutzung vorstellen würden. Ansonsten könne man sicher noch eine gewisse Zeit mit der Umsetzung warten.

LV Nagel erläutert, dass z.B. für den effektiven Einsatz schülereigener Endgeräte im Unterricht eine hohe Bandbreite unumgänglich sei. Für die Entwicklung sinnvoller Konzepte sei es somit notwendig, erst für eine stabile Internetleitung zu sorgen.

BMin Lausch möchte wissen, ob somit Glasfaseranschlüsse für die Schulen notwendig seien. LV Nagel bestätigt dies.

RH Reil gibt zu bedenken, dass für die Umsetzung des Konzeptes der Edewechter Oberschule eine Downloadrate von 50 Mbit/s ausreichend sein sollte. Wenn andere Schulen ebenfalls eine Umsetzung dieses Konzeptes anstreben sollten, sei er nicht sicher, ob tatsächlich an diesen Schulen ein Glasfaseranschluss notwendig sei.

RH Frahmann spricht sich dafür aus, den Breitbandausbau an den Schulen kurzfristig voranzutreiben, um den Schulen überhaupt die Möglichkeit zu geben, digital zu wachsen. Er plädiere daher auch dafür, schnellstmöglich die Maßnahmen und Kosten zu ermitteln, um dann zu handeln.

BMin Lausch unterstützt den Vorschlag von RF Taeger, die Verwaltung damit zu beauftragen, die Kosten für die Schaffung von Glasfaseranschlüssen sowie die Versorgung aller Klassen mit Internet und WLAN an allen Schulen zu ermitteln.

RF Taeger teilt mit, dass der Antrag gut formuliert sei und aus ihrer Sicht nichts dagegen spreche, dass heute auch, wie vom Schulverbund gewünscht, beschlossen werde.

AV Hohnholz gibt zu bedenken, dass es sich bei dem Antrag nicht um einen reinen Prüfauftrag handle, da auch gefordert werde, dass nach der Ermittlung der durchzuführenden Maßnahmen und entstehenden Kosten Schritte zur Umsetzung eingeleitet werden sollen. Dies gehe ihm zu weit. Er plädiere daher dafür, die Verwaltung vorerst damit zu beauftragen, die notwendigen Maßnahmen und die zu entstehenden Kosten zu ermitteln.

RV Taeger schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass die notwendigen Schritte zur Einrichtung der Netzwerke nicht einzuleiten, sondern festzustellen seien.

RH Reil gibt zu bedenken, dass der vom Schulverbund verwendete Begriff „Breitbandzugang“ zu weitläufig sei, da auch eine Leitung mit 2 Mbit/s ein Breitbandzugang sei.

BMin Lausch betont, dass es bei der bevorstehenden Digitalisierung der Gesellschaft unumgänglich sei, auch die Schulen mit Glasfaseranschlüssen zu versorgen. Dies sollte jetzt geschehen, da man ansonsten in den nächsten Jahren wieder nachrüsten müsse.

RH Jacobs und RF Garlichs-Kappmeier betonen, dass die Schulen sich mit weiterreichenden digitalen Konzepten erst befassen können, wenn die technischen Möglichkeiten gegeben seien. Beide plädieren daher auch dafür, sich auf den Weg zu machen und die Schulen entsprechend aufzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Schulträger möge überprüfen, welche Voraussetzungen für die Einrichtung eines Breitbandzugesanges mit strukturierter gebäudeinterner Verkabelung und schulweiten W-LAN-Netzwerken an den Edewechter Schulen bereits vorhanden sind und daraus folgend die notwendigen Schritte zur Einrichtung eben dieser Netzwerke festzustellen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 10: Anfragen und Hinweise

TOP 10.1: Gymnasium Bad Zwischenahn-Edeweicht - Oberstufe bis zum Jahrgang 13

RH Jeddelloh erkundigt sich, ob die Ausweitung der gymnasialen Oberstufe bis zur Klasse 13 Auswirkungen auf die Außenstelle in Edeweicht habe. Er möchte wissen, ob zukünftig geplant sei, ein Jahrgangshaus für die zehnten Klassen an der Außenstelle in Edeweicht zu errichten.

BMin Lausch und LV Nagel erläutern, dass es diesbezüglich bereits Gespräche gab. Der zehnte Jahrgang werde aber weiterhin im Haupthaus in Bad Zwischenahn beschult, da es sich hier um den oberstufenvorbereitenden Jahrgang handele, der auch am Standort der Oberstufe beschult werden sollte. Auch sei problematisch, dass bei der Beschulung weiterer Klassen an der Außenstelle in Edeweicht die vorhandenen Fachunterrichtsräume nicht ausreichend seien, sodass diesbezüglich dann auch ein weiterer, kostenintensiver Baubedarf bestünde.

TOP 10.2:

Tagungsort des Schulausschusses

RF Garlichs-Kappmeier regt an, dass der Schulausschuss zukünftig an den einzelnen Edewechter Schulen tage, damit der Ausschuss einen Überblick habe, wie es an den Schulen tatsächlich aussehe. Sie regt weiterhin an, vor den Sitzungen die jeweiligen Schulen zu begehen.

TOP 10.3:

Verkehrssituation an der Grund- und Oberschule Friedrichsfehn sowie an den Kindergärten Friedrichsfehn und Sonnenhügel

RF Taeger gibt zu bedenken, dass das Verkehrsaufkommen an der GOBS Friedrichsfehn sowie den beiden anliegenden Kindergärten zu den Bring- und Abholzeiten immens sei. Sie möchte wissen, ob diesbezüglich von Seiten der Verwaltung schon konkrete Maßnahmen ins Auge gefasst seien oder ob sich der einzurichtende Arbeitskreis intensiver mit dieser Problematik befassen solle.

BMin Lausch erläutert, dass es bereits einen Ortstermin mit den betroffenen Anwohnern gegeben habe, in dem bereits Alternativen aufgezeigt worden seien. Ein weiterer Termin werde in der kommenden Woche folgen.

Auch im Arbeitskreis müsse die Verkehrsproblematik weiter beleuchtet werden.

TOP 10.4:

Lehrerversorgung am Gymnasium Bad Zwischenahn-Edeweicht zum zweiten Halbjahr 2017/18

RF Taeger erkundigt sich, ob die Unterrichtsversorgung am Gymnasium im zweiten Halbjahr durch die Abordnung an andere Schulen noch weiter beeinträchtigt werde.

LV Nagel berichtet, dass zum Februar 2017 das Gymnasium 80 weitere Lehrerstunden zu Vertretungszwecken an andere Schulen abordnen müsse. Aufgrund weiterer krankheitsbedingter Ausfälle habe man jetzt an der Schule bereits den zehnten Stundenplan im laufenden Schuljahr geplant. Der vom Gesetzgeber vorgeschriebene Mindestunterricht könne aber durch die Zusammenlegung von Klassen und die Streichung von freiwilligen AG's durchgeführt werden.

TOP 11:

Einwohnerfragestunde

TOP 11.1:

Besoldung von Schulleitern

Eine Bürgerin gibt zu bedenken, dass es sich äußerst schwierig gestalten, freie Schulleiterstellen nachzubeseetzen, da die Besoldung zu gering sei. Sie bitte daher darum, sich bei der Landesschulbehörde dafür stark zu machen, dass die Schulleiter zukünftig besser besoldet werden.

TOP 11.2:

Vorkommnisse auf dem Gelände der Grundschule Edewecht

Eine Bürgerin teilt mit, dass nach Schulschluss Jugendliche wieder ihr Unwesen auf dem Gelände der Schule treiben, sodass wieder massive Sachbeschädigungen zu verzeichnen seien. Nach Rücksprache mit der Polizei könne man der Lage nur Herr werden, wenn auf dem Schulhofgelände Überwachungskameras installiert würden. Sie bittet um Prüfung, ob entsprechende Kameras installiert werden können.

TOP 12:

Schließung der Sitzung

AV Hohnholz schließt um 19:45 Uhr die Sitzung und bedankt sich für die rege Teilnahme.

Axel Hohnholz
Vorsitzender

Petra Lausch
Bürgermeisterin

Jens Schöbel
Protokollführer